

Ulis Newsletter zur Corona-Krise vom 30.07.2020

Liebe Freundinnen und Freunde,

das ist der vorerst letzte Newsletter vor der Sommerpause. Nein, wir haben nicht vor, den Newsletter einzustellen, denn offensichtlich geht das Corona-bedingte Geschehen weiter und eure Resonanz zeigt uns, dass ihr Wert auf unseren Nachrichtendienst legt. Dieser legt ja inzwischen auch durchaus Wert auf einen erklecklichen Anteil „nicht Corona-veranlasster“ Nachrichten. Wir sehen gleichzeitig, dass mit Beginn der Sommerferien in BW eine ruhigere (Nachrichten-)Lage eintritt. Und wir wollen nach 144(!!) Ausgaben mit rund 1.300 Seiten und annähernd 2.450 Beiträgen und Artikeln mal eine schöpferische Pause einlegen. Mein Büroteam geht nach und nach in den verdienten Urlaub. Ich selbst mache nach einem langen Jahr ohne jeden Urlaub auch ein paar Tage Pause. Für uns alle waren die letzten 5 Monate extrem anstrengend. Wir sagen zu: Wenn sich etwas Wichtiges tut, werden wir euch auch in den Sommerferien umgehend informieren. Ansonsten hört ihr Ende August / Anfang September wieder von uns. Zum Trost gibt es heute gleich vier Cartoons.

Das Newsletter-Team wünscht euch schöne Ferien und eine gute Zeit! Und passt auf und beachtet die Regeln!

Herzliche grüne Grüße, Fadime, Zenobya, Martin und Uli

Entwicklung der Corona-Fallzahlen

Bundesebene:

31.07.2020: 208.698 Fälle insgesamt (& 870); 9.141 Todesfälle (& 20).

(Quelle: RKI, 8:35 Uhr)

Landesebene:

31.07.2020: 37.317 Fälle insgesamt (& 84); 1.847 Todesfälle (-); 34.448 genesen (& 47).

Im Land sind aktuell 1.022 Menschen infiziert, Tendenz weiter steigend.

(Quelle: Sozialministerium BW, 16:00 Uhr)

Kreisebene:

31.07.2020: 1080 Fälle insgesamt (& 23); 40 Todesfälle (-); 989 genesen (& 3).

Im Landkreis sind aktuell 51 Menschen infiziert.

(Quelle: Gesundheitsamt RNK, 12.00 Uhr)

Corona-bedingte Nachrichten

Inland

Test auf Rädern: Corona-Mobil geht in Mannheim an den Start

Schnellere Tests, schnellere Gewissheit: Eine mobile Corona-Teststation ist am Freitag in Mannheim in Betrieb gegangen. Das "CoVLAB" soll an Corona-Brennpunkten im ganzen Land zum Einsatz kommen. Das Labor ist in einem 40-Tonner-Sattelzug eingebaut. Damit sollen mehrere Hundert Menschen an einem Tag getestet werden können. "Die Ergebnisse werden noch am Tag der Abnahme übermittelt - im Einzelfall können wir den gesamten Prozess von der Probenentnahme und Laboranalyse in weniger als 60 Minuten abwickeln", sagte Michael Neumaier, der medizinisch-wissenschaftliche Leiter des CoVLAB. Pro Tag sind derzeit 384 Tests im CoVLAB möglich, geplant sind mehr als 500.

Mit dem Projekt der Baden-Württemberg-Stiftung und des Universitätsklinikums Mannheim sollen durch Reihentests Infektionen mit dem Coronavirus frühzeitig erkannt und Infektionsketten vermieden werden.

<https://www.sueddeutsche.de/gesundheit/gesundheitsmannheim-test-auf-raedern-corona-mobil-geht-in-mannheim-an-den-start-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-200730-99-985008>

Polizei verstärkt Corona-Kontrollen auf Lindauer Insel

Nach Kritik an Verstößen gegen die Corona-Regeln auf der Insel Lindau im Bodensee durch Urlauber will die Polizei dort am Wochenende verstärkt kontrollieren. «Wir haben dort das Problem, dass die Abstandsregeln nicht mehr eingehalten werden», sagte ein Polizeisprecher am Freitag. Geplant sei deshalb, mit Unterstützung der Bereitschaftspolizei Präsenz zu zeigen.

Der Lindauer Landrat Elmar Stegmann (CSU) hatte zuletzt von den dortigen Gastronomen eine strikte Einhaltung der Hygieneregeln verlangt. Oft würden in den Lokalen die Daten der Gäste nicht mehr erfasst, Mindestabstände und Maskenpflicht nicht mehr beachtet. Wegen des zunehmenden Infektionsgeschehens müssten Bußgelder «konsequent verhängt» werden, betonte Stegmann. «Geht man derzeit über die Lindauer Insel, so hat man den Eindruck, es gäbe kein Corona.»

<https://www.msn.com/de-de/nachrichten/politik/polizei-verst%C3%A4rkt-corona-kontrollen-auf-lindauer-insel/ar-BB17pjAO?ocid=msedgdp>

Überbrückungshilfe und Kredite: Corona treibt Studierende in die Schulden

Nebenjob weg, Stipendium geplatzt: Die Corona-Pandemie sorgt auch bei Studierenden für finanzielle Probleme. Zehntausende beantragten staatliche Hilfen, doch viele Anträge wurden abgelehnt.

Tausende Studierende haben sich in der Corona-Krise verschuldet und staatliche Hilfskredite beantragt. Das geht aus einem Schreiben des Bundesbildungsministeriums an den Bildungsausschuss des Bundestags hervor, das der Nachrichtenagentur dpa vorliegt.

Seit dem vergangenen Mai bis März 2021 müssen die Studierenden für staatliche Hilfen keine Zinsen zahlen. Dementsprechend sei die Zahl der Anträge stark gestiegen, schreibt das Ministerium. Bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau KfW wurden im Mai, Juni und Juli 22.000 Anträge mit einem Gesamtvolumen von 641,6 Millionen Euro gestellt.

<https://www.tagesschau.de/inland/corona-studierende-101.html>

Pandemie in Deutschland: Handel bittet um mehr Corona-Disziplin

Der Einzelhandel fürchtet einen erneuten Lockdown, falls die Corona-Zahlen weiter steigen. Schon jetzt droht eine Pleitewelle. Der Handelsverband mahnt deshalb die Kunden zu mehr Disziplin.

Dem deutschen Einzelhandel droht durch die Corona-Krise ein enormer wirtschaftlicher Einbruch. Viele Händler können schon den ersten Lockdown kaum verkraften.

Der Handelsverband Deutschland (HDE) fordert deshalb die Menschen auf, sich an Hygiene- und Abstandsregeln zu halten. "Es erfüllt mich mit großer Unruhe, dass es viele offenbar nicht mehr so genau mit der Einhaltung der Regeln nehmen und die Zahl der Infizierten wieder steigt", warnte HDE-Präsident Josef Sanktjohanser. Er appellierte an das Verantwortungsgefühl der Verbraucher: "Lassen Sie uns das Erreichte nicht kaputt machen."

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/coronavirus-handel-101.html>

Mehrheit der Deutschen erwartet zweite Corona-Welle

Einer Umfrage zufolge rechnen 77 Prozent der Deutschen mit einer zweiten Welle an Infektionen. Die Gefahr für die eigene Gesundheit wird inzwischen höher eingeschätzt.

Mehr als drei Viertel der Deutschen (77 Prozent) rechnen einer aktuellen Umfrage zufolge in der nächsten Zeit mit einer zweiten Welle an Corona-Infektionen. Lediglich 20 Prozent aller Befragten gaben an, nicht mit einer zweiten Corona-Welle mit deutlich erhöhten Infektionszahlen zu rechnen, wie aus dem aktuellen ZDF-Politbarometer hervorgeht.

Passend zu dieser Erwartung gelangte erstmals eine Mehrheit (51 Prozent) zu der Einschätzung, dass die Menschen sich in der Corona-Krise "eher unvernünftig" verhalten. In einer Befragung vom Juni hatten mit 33 Prozent noch deutlich weniger Befragte diese Einschätzung vertreten. Von einem "vernünftigen" Umgang mit der Pandemie gingen mehrheitlich nur noch Anhänger von FDP (52 Prozent) und AfD (70 Prozent) aus.

Die Gefahr für die eigene Gesundheit wurde höher eingeschätzt als zuletzt. Die Hälfte der Befragten (50 Prozent) schätzte die eigene Gesundheit als durch das Coronavirus Sars-CoV-2 gefährdet ein — vor drei Wochen hatte dieser Anteil noch bei 40 Prozent gelegen. Besonders groß war die Sorge bei Menschen ab 70 Jahren — in dieser Gruppe sahen 62 Prozent eine Bedrohung für die eigene Gesundheit. "Keine Bedrohung" attestierten sich dagegen 49 Prozent aller Umfrageteilnehmer.

Mit Blick auf die Einschränkungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie sagte eine Mehrheit von 71 Prozent, die Maßnahmen bedeuteten keine starken Einschränkungen für ihr persönliches Leben. Unter den 29 Prozent, die sich durch Corona-Regeln persönlich "stark eingeschränkt" fühlten, waren vor allem Anhänger der AfD (59 Prozent).

Für verpflichtende Tests für Reiserückkehrer sprach sich mit 94 Prozent der Befragten über Parteipräferenzen hinweg eine überwältigende Mehrheit aus. Sechs Prozent waren dagegen.

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-07/covid-19-infektionswelle-coronavirus-umfrage>

Ausland

RKI setzt spanische Urlaubsregionen auf Risiko-Liste

Das Robert-Koch-Institut hat die Liste der Risiko-Gebiete um die spanischen Regionen Katalonien, Aragon und Navarra erweitert.

Das teilte das RKI am Freitag auf seiner Webseite mit. In der EU führte das Institut bisher lediglich Luxemburg in dieser Kategorie. Ab kommender Woche sollen Reiserückkehrer aus Risikogebieten nach dem Willen von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn zu Corona-Tests verpflichtet sein. Für die Reisenden sind die Tests kostenfrei. Außerdem kann nach Angaben des RKI je nach Herkunfts-Bundesland eine Pflicht zur Quarantäne bestehen. In den vergangenen Tagen war die Zahl der Corona-Infektionen in Deutschland, aber auch in anderen europäischen Ländern wie etwa Spanien stark gestiegen.

<https://de.reuters.com/article/virus-deutschland-spanien-idDEKCN24W17Z>

Nachrichten – (fast) ohne Corona

Mehr Fahrradzüge in den Sommerferien

Pünktlich zu den Sommerferien schickt das Verkehrsministerium in Baden-Württemberg mehr Radexpresse auf die Schiene. Eine entsprechende Vereinbarung ist jetzt mit der DB Regio über zusätzliche Zugkapazitäten auf vier Strecken getroffen worden. Damit sorgt das Land dafür, dass mehr Radler ihre Fahrräder bei Ausflugsfahrten in den bwegt-Zügen mitnehmen können. „Ich danke der DB für die kurzfristige Bereitstellung der zusätzlichen Wagen und Züge. Dieser Sommerurlaub in Zeiten von Corona wird besonders werden, mit dem bwAboSommer und den zusätzlichen Ausflugszügen wollen wir Lust darauf machen, Baden-Württemberg mit dem öffentlichen Nahverkehr zu entdecken“, erklärt der baden-württembergische Verkehrsminister Winfried Hermann.

Einen Überblick über alle Radexpresse, dazu viele Informationen zur Fahrradmitnahme und Radtouren bietet die Webseite <https://www.bwegt.de/ihr-nahverkehr/fahr-rad/>

Kostenlos im Sommer durchs ganze Land

Stammkunden des öffentlichen Nahverkehrs können seit gestern bis zum 13. September über alle Verbundgrenzen hinweg kostenfrei durch Baden-Württemberg reisen.

Mit dem bwAboSommer startete am Donnerstag, 30. Juli 2020, die größte Dankeschön-Aktion für Pendlerinnen und Pendler im öffentlichen Nahverkehr (ÖPNV) in der Geschichte des Landes. Bis Sonntag, 13. September, sind alle Jahres-Zeitkarten über alle Verbundgrenzen hinweg in Baden-Württemberg gültig. Das heißt, dass etwa 1,5 Millionen Fahrgäste während der gesamten Sommerferien zusätzlich zu ihrem gekauften Abo auf allen Strecken im Land mit Bus, Bahn und Tram kostenfrei unterwegs sein können. Und das an allen Tagen, von Montag bis Sonntag.

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/kostenlos-im-sommer-durchs-ganze-land/>

Fördergebiet Wolfsprävention Schwarzwald offiziell ausgewiesen

Das baden-württembergische Umweltministerium hat heute offiziell das neue Fördergebiet Wolfsprävention Schwarzwald ausgewiesen. Das Gebiet umfasst den gesamten Naturraum Schwarzwald. Es hat eine Größe von etwa 8800 Quadratkilometern. Umweltminister Franz Untersteller appelliert an die Tierhaltenden insbesondere im neuen Bereich des Wolfspräventionsgebiets: „Es ist jetzt wichtig, Schafe, Ziegen und auch Gehegewild möglichst bald mit einem wolfsabweisenden Grundschutz zu sichern. Dabei übernehmen wir beispielsweise bis zu 100 Prozent der Kosten zur Anschaffung von entsprechendem

Material.“ Auch die mit dem Bau eines wolfsabweisenden Zauns verbundenen Arbeitskosten und der Unterhalt von Herdenschutzhunden würden zum Teil erstattet, so der Minister. Diese großflächige Ausweisung entspricht dem Wunsch unserer Fraktion.

<https://www.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/naturraum-schwarzwald-wird-foerdergebiet-wolfspraevention/>

EnBW erhält zweite und damit letzte Abbaugenehmigung für Kernkraftwerk Philippsburg 1

Das Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft hat heute (31.07.) dem Energiekonzern EnBW die zweite und damit letzte Abbaugenehmigung für den Block 1 des Kernkraftwerks Philippsburg (KKP) erteilt. Der Block 1 ist seit dem Jahr 2011 endgültig abgeschaltet.

Das KKP 1 ist damit nach KKP 2, Obrigheim und Neckarwestheim I das vierte der insgesamt fünf Kernkraftwerken im Land, dessen Abbauprogramm im atomrechtlichen Rahmen in allen Teilumfängen genehmigt ist, damit es komplett abgebaut werden kann. Ausstehend ist jetzt nur noch die Stilllegungs- und Abbaugenehmigung des noch bis Ende 2022 laufenden Blocks 2 des Kernkraftwerks Neckarwestheim (GKN II).

<https://um.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/enbw-erhaelt-zweite-und-damit-letzte-abbaugenehmigung-fuer-kernkraftwerk-philippsburg-1/>

Wer den genauen Genehmigungsbescheid lesen will, findet ihn hier: https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/3_Umwelt/Kernenergie/Genehmigungsverfahren/KKP/KKP_1/200730-Genehmigungsbescheid-2-Abbaugenehmigung-KKP1.pdf

Rechter Provokateur: Umbrella Man in Minneapolis

Ein weißer, rechter Biker mit Kontakten zu rassistischen White Supremacy-Gruppen soll die Gewalt bei den "Black Lives Matter"-Protesten entfacht haben. Leider ist der einzige deutschsprachige Beitrag hinter der Paywall der *Süddeutschen Zeitung*:

<https://www.sueddeutsche.de/panorama/trump-usa-rassismus-proteste-floyd-1.4985260?reduced=true>

Aus englischen Medien findet sich hingegen sehr viel, darunter auch ein interessanter Video-Beitrag der CNN.

<https://edition.cnn.com/2020/07/28/us/umbrella-man-associated-white-supremacist-group-george-floyd/index.html>

44.000 neue Kleine Waffenscheine binnen eines Jahres

In Deutschland wurden in den vergangenen zwölf Monaten 44.000 neue Kleine Waffenscheine ausgestellt. Das berichtet die *Rheinische Post*. Demnach habe eine Umfrage bei den Bundesländern ergeben, dass die Zahl auf insgesamt 686.000 angestiegen sei.

Dem Bericht zufolge liegt Schleswig-Holstein an der Spitze der Bundesländer: Hier besitzen im Verhältnis zur Einwohnerzahl die meisten Menschen den Kleinen Waffenschein. Je 1.000 Einwohner gibt es in dem Bundesland 10,4 Kleine Waffenscheine. Dahinter folgen das Saarland (10,2) und Nordrhein-Westfalen (9,5). Das geringste Interesse an Schreckschuss-, Reizstoff- oder Signalwaffen scheinen demnach die Hamburger zu haben (4,4). Der bundesweite Durchschnitt liegt bei 8,2, genauso wie in Baden-Württemberg.

<https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2020-07/waffenbesitz-waffenschein-neuaustellung-schreckschusswaffen-bundeslaender>

Migration aus Tunesien: Die junge Generation geht

Die Fluchtroute von Tunesien nach Europa ist weitgehend unbewacht. Bis zu 30 Prozent seiner Schüler würden verschwinden, erzählt ein Lehrer

Immer mehr Menschen machen sich in Fischer- und Schlauchbooten von Tunesien aus auf den Weg nach Europa, oft in Richtung der italienischen Insel Lampedusa, nach Sizilien und Malta. In der südtunesischen Hafenstadt Zarzis warten derzeit Hunderte Männer aus den westlichen Landesteilen auf einen Platz auf einem der Boote. Auch Migranten unterschiedlicher Herkunft sind unter den Männern, die meist aus dem Nachbarland Libyen nach Tunesien gelangt sind.

Der Weg nach Europa ist nicht weit. Von der tunesischen Halbinsel Kap Bon sind es nur rund 150 Kilometer. Von der südtunesischen Stadt Sfax aus ist man in rund 15 Stunden auf Lampedusa. Da sich private Rettungsorganisationen und die italienische Küstenwache auf die libysche Küste konzentrieren, ist die Tunesienroute weitgehend unbewacht. Zwar erhalten Tunesier in Italien meist kein Asyl und müssen so schnell wie möglich auf eigene Kosten zurück in ihre Heimat fliegen, doch aufgrund der Überlastung in den Aufnahmelagern gelingt es vielen, illegal im Land zu bleiben.

<https://taz.de/Migration-aus-Tunesien/!5699557/>

Rhein-Neckar-Kreis

Corona-Kontakt-Telefon des Rhein-Neckar-Kreises

Das #Coronavirus-Infotelefon des Gesundheitsamts des Rhein-Neckar-Kreises ist ab dem 1. August auch wieder am Wochenende erreichbar. Mehr unter

<https://www.rhein-neckar-kreis.de/coronavirus>

Reisen & Coronavirus das Auswärtige Amt informiert

Was Sie bei einer Rückkehr aus dem Ausland beachten müssen, finden Sie auf der Seite des Auswärtigen Amts:

<https://www.auswaertiges-amt.de/de/ReiseUndSicherheit/quarantaene-einreise/2371468>

Sehr hohe Waldbrandgefahr in der Region

Zurzeit haben wir in der Region eine sehr hohe Gefahr für Wald- und Flächenbrände. Der Waldbrandgefahrenindex steht auf der Stufe 5 von 5 – sehr hohe Gefahr

Das entzünden von offenen Feuer ist grundsätzlich im ganzen Jahr im Wald verbot. Zusätzlich gilt von März bis Oktober noch ein Rauchverbot im Wald. Beide Verbote gelten auch in einer Entfernung von bis zu 100 Metern zum Wald. Aufgrund der hohen Wald- und Flächenbrandgefahr ist auch das entzünden von Nutzfeuern zum Verbrennen von pflanzlichen Abfällen aktuell nicht erlaubt.

Wichtig:

- Wer ein Feuer entzündet oder unterhält, muss es ständig überwachen und darf sich nicht von der Feuerstelle entfernen.
- Beim Verlassen des Grillplatzes ist sicherzustellen, dass das Feuer vollständig erloschen ist und keine Kohle mehr glüht, gegebenenfalls ist mit Wasser zu löschen!
- Im Wald nicht rauchen! Vom 1. März bis zum 31. Oktober herrscht generelles Rauchverbot.
- Keine Zigarettenreste aus dem Auto werfen! Schon manches Feuer ist vom Straßenrand aus entstanden.
- Zufahrtswege zum Wald frei halten! Feuerwehr und Rettungsdienste verlieren wertvolle Minuten, wenn Ihr Fahrzeug einen Waldweg blockiert. Außerdem riskieren Sie Schäden an Ihrem Fahrzeug, wenn es von Einsatzkräften zur Seite geräumt werden muss.
- Autos mit Katalysator nicht über trockenem Gras abstellen! Der heiße Katalysator kann das Gras leicht entzünden.

- Kein Glas im Wald zurücklassen! Liegengelassene Flaschen oder Scherben können zum gefährlichen Brennglas werden! Müll gehört ohnehin nicht in den Wald.

Bei Waldbrandgefahr warnt der Deutsche Wetterdienst (DWD) z.B. über die Wetterberichte des Fernsehens. Auskünfte beim Forstdienst, oder auf den Internet-Seiten des DWD – Waldbrandgefahrenprognose für Deutschland einholen.

Was tun, wenn es brennt?

Bringen Sie sich selbst nicht in Gefahr! Alarmieren Sie sofort die nächste Feuerwehrleitstelle über: Notruf 112 – auch aus allen Mobilfunknetzen möglich.

<https://www.facebook.com/FeuerwehrSchriesheim>

Tag für Tag – wichtige Informationsquellen

Webseiten

Bundesebene und weltweit:

https://www.rki.de/DE/Home/homepage_node.html

<https://www.youtube.com/playlist?list=PLRsi8mtTLFAyJaujkSHyH9NqZbgm3fcv>

(Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung)

<https://www.bmbf.de/de/faktencheck-zum-coronavirus-11162.html>

(Faktencheck des Bundesministeriums für Bildung und Forschung)

Baden-Württemberg:

<https://sozialministerium.baden-wuerttemberg.de/de/startseite/>

<https://www.swr.de/swraktuell/baden-wuerttemberg/coronavirus-liveblogbw-100.htm>

<https://www.verbraucherzentrale-bawue.de/beratung-daheim>

Rhein-Neckar-Kreis:

<https://www.rhein-neckar-kreis.de/start/landratsamt/coronavirus+-faq.html>

Wichtig für euren persönlichen Umgang:

[https://www.rhein-neckar-kreis.de/site/Rhein-](https://www.rhein-neckar-kreis.de/site/Rhein-NeckarKreis2016/get/params_E1009443154/2445770/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinsc)

[NeckarKreis2016/get/params_E1009443154/2445770/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinsc](https://www.rhein-neckar-kreis.de/site/Rhein-NeckarKreis2016/get/params_E1009443154/2445770/Merkblatt_Coronavirus_Selbsteinsc)
h%C3%A4tzung.pdf

Wichtige Infos in anderen Sprachen:

<https://www.integrationsbeauftragte.de/ib-de/amt-undperson/informationen-zumcoronavirus>

Informationen in leichter Sprache:

<https://www.bundesregierung.de/breg-de/themen/coronavirus/coronavirusleichte-sprachegebaerensprache>

Hotlines Baden-Württemberg:

Telefonberatung für psychisch belastete Menschen: 0800 377 377 6 (täglich, 8 bis 20 Uhr)

Hotline Landesgesundheitsamt: 0711 904-39555 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr)

Corona-Hotline für Unternehmen: 0800 40 200 88 (Mo – Fr, 9 bis 18 Uhr, kostenfrei)

Hilfetelefon „Gewalt gegen Frauen“: 0800 011 6010 (aufgrund der Isolation rechnen Expertinnen und Experten mit einem Anstieg an Gewalt, insbesondere gegen Frauen – schrecklich!!)

Task Force „Beschaffung Schutzkleidung“: 0800 67 38 311 (Mo – Fr, 7 bis 22 Uhr; Sa – So, 9 – 18 Uhr) (Wer etwa Atemschutzmasken, Mundschutze etc. spenden will oder Ideen zur Bestellung hat, soll sich bitte hier melden)

Rhein-Neckar-Kreis: Hotline Gesundheitsamt Rhein-Neckar 06221 – 522 – 1881 (Mo – Fr, 7.30 – 19 Uhr)